

Kastengrund

Nachhaltige Entwicklung und kurzfristige Maßnahmen

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird in Bezug auf das Gebiet Kastengrund beauftragt

1. dafür Sorge zu tragen, dass bei der Erarbeitung des zukünftigen Stadtprofils auch für das Gebiet Kastengrund, zeitnah ein nachhaltiges Entwicklungskonzept mit öffentlichem Beteiligungsverfahren begonnen und integriert wird
2. dafür Sorge zu tragen, dass hauptamtliche Betreuungspersonen und ehrenamtliche Helfer in die Planungen für die Errichtung und den Betrieb der Einrichtung für Flüchtlinge eingebunden werden können, damit eine erfolgreiche Integration gelingen kann
3. dafür Sorge zu tragen, dass Fuß- und Radweegeanbindungen kurzfristig zu einer Ortslage erfolgen können. Diese Wege sollten aus Sicherheitsgründen ggf. auch interimsmäßig beleuchtet werden
4. zu prüfen wie die bisher geplante Busverbindung bedarfsgerecht, auch über die Zeit 18:15 hinaus, ausgeweitet werden sollte

Begründung:

Bei der durch den MTK eingeladenen Begehung am 29. September wurde deutlich, dass die Unterbringung der Flüchtlinge im Anerkennungsverfahren nun kurzfristig erfolgen kann. Teile der Kreisverwaltung sind bereits im Kastengrund eingezogen. Es wurde aber auch deutlich, dass neben den laufenden Bauarbeiten ein nachhaltiges Konzept für das Gelände noch nicht begonnen wurde. So wurde eingeräumt, dass die Gebäude, die z.Z. zum Wohnen hergerichtet werden, später nicht zum dauernden Aufenthalt zugelassen sind.

Es wurde auch offenkundig, dass die bereits ehrenamtlichen Helfer und Betreuungskräfte der Einrichtung Voltastraße noch nicht beteiligt wurden, obwohl diese Einrichtung demnächst vollständig dorthin verlegt werden soll. Viele Fragen stehen zur neuen Einrichtung im Raum. Um diese zu beantworten und sich ein Bild vor Ort machen zu können, schlagen wir vor, eine Begehung auch mit den HelferInnen zu organisieren.

Es wurden auch Punkte eines Sicherheitskonzeptes erläutert. Es wurde informiert, dass für das Gelände Erschließungen zwar mit Autos und öffentlichen Bus vorgesehen sind, eine Fuß- und Radweegeanbindung sei aber nicht vorgesehen. Nach früheren Mitteilungen des Magistrat wird es bis zur Fertigstellung eines Fuß- und Radweg entlang der Landesstraße zwischen Weilbach und Hattersheim aber noch eine geraume Zeit dauern. Durch die Lage des Geländes abseits von Ortslagen, ist aber mit Bezug durch Bedienstete der Kreisverwaltung und Flüchtlingen eine sichere fuß- und radwegemäßige Anbindung in diese erforderlich. Für die Flüchtlinge besonders um eine selbstverantwortliche Integration zu ermöglichen.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Winfried Pohl